

*Hans-Ulrich Brautzsch*

Ostdeutscher Arbeitsmarkt:  
Noch keine Besserung in Sicht

*Werner Gnoth*

Zur Stabilität der Bankensysteme  
in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn

*Peter Franz*

Entwicklungspotenziale und -hemmnisse ehemaliger  
ostdeutscher Braunkohletagebauregionen  
– Das Fallbeispiel des Geiseltals in Sachsen-Anhalt

*Bärbel Laschke*

IWH-Industrienumfrage im Juli 2003

11/2003

03.09.2003, 9. Jahrgang

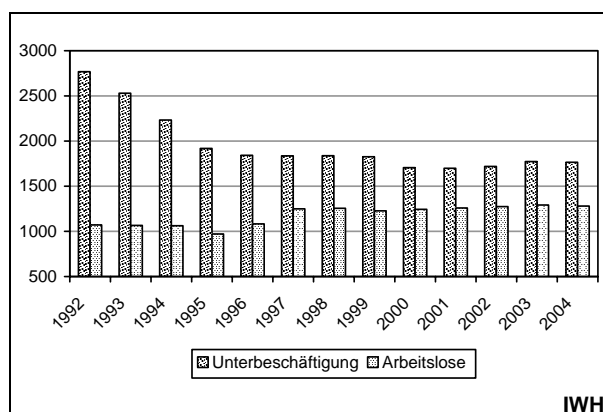
## Ostdeutscher Arbeitsmarkt: Noch keine Besserung in Sicht

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2003 hat sich wegen der ausgeprägten Produktionsschwäche die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. So nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen im zweiten Quartal – unter Ausschluss von Saisoneinflüssen – um 20 000 Personen gegenüber dem ersten Quartal zu.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres ist eine Trendwende am Arbeitsmarkt nicht zu erwarten.<sup>1</sup> Im Jahresdurchschnitt wird bei einem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion von lediglich 0,5% die Erwerbstätigkeit um 85 000 Personen abnehmen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird sich um 18 000 Personen auf über 1,29 Mio. Personen erhöhen. Die Zahl der Unterbeschäftigten, die bis zum Jahr 2001 kontinuierlich zurückgegangen war, wird in diesem Jahr auf über 1,76 Mio. steigen (vgl. Abbildung).

Abbildung:

Unterbeschäftigung und registrierte Arbeitslosigkeit von 1992 bis 2004 in Ostdeutschland (ohne Berlin) - 1 000 Personen -



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; ab 2003: Prognose des IWH.

Der Anstieg der Unterbeschäftigung ist sowohl auf die Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit als auch auf die Ausdehnung von einigen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Besonders kräftig nimmt der Personenkreis zu, der vorruhestandsähnliche Maßnahmen (§428 SGBIII) in Anspruch nimmt. Aber auch die Zahl der im zweiten Arbeitsmarkt tätigen Personen steigt – entgegen früheren Prognosen – leicht, nachdem diese

<sup>1</sup> Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft: Produktion 2003 wieder im Plus, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2003, S. 227-246.

Tabelle 1:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands

- in 1 000 Personen -

	2002	2003	2004
Erster Arbeitsmarkt	150	175	185
Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen <sup>a</sup>	150	150	150
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitische Programmen im ersten Arbeitsmarkt		25	35
Personal-Service-Agenturen (PSA)		3	5
„Kapital für Arbeit“		2	3
„Ich-AG“		20	27
Zweiter Arbeitsmarkt	121	125	127
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Struktur- anpassungsmaßnahmen	121	90	72
Programme „Arbeit für Langzeitarbeitslose“		35	55
Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands	271	300	312
Nachrichtlich: Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland), in %	4,7	5,3	5,6

<sup>a</sup> Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; ab 2003: Prognose des IWH.

nach 1999 kräftig zurückgeführt wurden (vgl. Tabelle 1).

Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Entwicklungen. Zum einen werden in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen in diesem Jahr etwa 31 000 Personen weniger tätig sein als im Vorjahr. Im Jahr 2004 wird die Zahl der in diesen Maßnahmen erfassten Personen nochmals um ca. 18 000 Personen abnehmen. Zum anderen wird diese Rückführung durch das kürzlich beschlossene, zeitlich befristete Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ mehr

Tabelle 2:  
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland

		2001	2002	2003	2004
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige <sup>a</sup>	9 688	9 614	9 550	9 449
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 834	5 740	5 655	5 620
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)]	5 684	5 619	5 520	5 493
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt<sup>b</sup></i>	148	150	175	185
5	<i>Erwerbstätige in Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	5 536	5 469	5 345	5 308
6	Pendlersaldo	-400	-410	-420	-425
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 234	6 150	6 075	6 045
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)]	6 084	6 029	5 940	5 918
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Deutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	5 936	5 879	5 765	5 733
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 698	1 719	1 763	1 765
11	<i>Arbeitslose</i>	1 259	1 274	1 292	1 280
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)]</i>	439	445	471	485
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	42	45	47
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	20	20	20
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>c</sup></i>	150	121	125	127
16	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	125	120	115	110
17	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	6	6	6
18	<i>Vorruehändler<sup>d</sup></i>	81	99	120	130
19	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	7	10	15
20	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen<sup>e</sup></i>	24	30	30	30
21	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve <sup>f</sup> [(8)+(10)-(14)-(19)]	7 763	7 721	7 683	7 648
		in % (Inländerkonzept)			
22	Erwerbsbeteiligungsquote [(21)/(1)*100]	80,1	80,3	80,5	80,9
23	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	62,8	62,7	62,3	62,6
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	61,3	61,2	60,5	60,7
25	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,3	64,0	63,6	64,0
26	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(21)*100]	21,9	22,3	22,9	23,1
27	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[ (11)+(13) ] / (10) * 100}	76,2	76,5	75,8	75,2
28	Arbeitslosenquote {[ (11)+(13) ] / [ (7)-(14)+(11)+(13) ] * 100}	17,2	17,7	18,1	18,0
29	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[ (4)+(12) ] / (21) * 100}	7,6	7,7	8,4	8,8
		in Millionen Stunden			
30	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(31)*(2)/1000]	9 024	8 801	8 633	8 548
		in Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 546,9	1 533,2	1 526,7	1 521,0
		in 1 000 Personen			
32	Gemeldete Stellen	63,4	65,5		
33	Offene Stellen insgesamt <sup>g</sup>	140			
		Personen			
34	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(32)*100]	26,8	26,3		
35	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(33)*100]	12,1			

#### Tabellenerklärung:

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>b</sup> Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreuten Personen; durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigten Personen und „Ich-AGs“. – <sup>c</sup> Einschließlich traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; ab 2003: einschließlich Teilnehmer im Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“. – <sup>d</sup> Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – <sup>e</sup> Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>f</sup> Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitarbeit sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – <sup>g</sup> Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden. Bei den *Offenen Stellen insgesamt* wird Ostberlin zu Ostdeutschland und Westberlin zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: März 2003); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; ab 2003: Prognose des IWH.

#### Anmerkungen:

1. Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige früher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 10/2002, S. 313-317.
2. Ab 2003 sind in Zeile 4 neben den Teilnehmern an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt auch die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt enthalten, die auf den Vorschlägen der Hartz-Kommission basieren. Dabei handelt es sich um die durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreuten Personen, die durch das Programm „Kapital für Arbeit“ geförderten Personen und die „Ich-AGs“.

als kompensiert.<sup>2</sup> Durch dieses Programm werden in Ostdeutschland voraussichtlich 35 000 Personen in diesem und 55 000 im nächsten Jahr in kommunalen Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen. Damit werden in diesem Jahr insgesamt 125 000 und im nächsten Jahr 127 000 Personen im zweiten Arbeitsmarkt tätig sein (vgl. Tabelle 1).

Die Umsetzung der von der Hartz-Kommission initiierten Vorschläge zur Reform des Arbeitsmarktes zeigt erste – wenn auch recht bescheidene – Effekte. In den 176 Personal-Service-Agenturen, die bis Ende Juli dieses Jahres in den neuen Bundesländern ihre Arbeit aufgenommen hatten, wurden etwa 2 360 betreut. Für den Aufbau einer „Ich-AG“ nahmen bislang in Ostdeutschland etwa 10 700 Personen einen Existenzgründungszuschuss

in Anspruch. Im Rahmen des Programms „Kapital für Arbeit“, das die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen an Unternehmen für die Einstellung von Arbeitslosen regelt, wurden nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau bis Mitte August dieses Jahres in den neuen Bundesländern 266 Kreditzusagen mit einem Kreditvolumen von 97,9 Mio. Euro erteilt. Damit wurden von den Unternehmen 1 209 Arbeitslose eingestellt. Insgesamt werden gegenwärtig etwa 14 270 Personen durch diese drei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den neuen Bundesländern gefördert. Setzt sich diese Entwicklung fort, dürften in diesem Jahr etwa 25 000 und im nächsten Jahr 35 000 Personen durch diese Programme erfasst werden.

Alles in allem dürfte die Talsohle auf dem ost-deutschen Arbeitsmarkt nicht vor Ende des Jahres 2004 durchschritten werden.

Hans-Ulrich Brautzsch  
(Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

<sup>2</sup> Anfang Juli 2003 hat die Bundesregierung das Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ beschlossen, das vom 1.9.2003 bis zum 31.8.2004 laufen wird. Mit diesem Programm sollen die Chancen für 100 000 Langzeitarbeitslose ab 25 Jahren zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt durch kommunale Beschäftigungsangebote verbessert werden. Der Schwerpunkt des Programms soll in strukturschwachen Regionen und damit vornehmlich in den neuen Bundesländern liegen. Es wird angenommen, dass von den etwa 40 000 in diesem Jahr geförderten Personen 35 000 auf Ostdeutschland entfallen. Im nächsten Jahr dürften es etwa 55 000 von 60 000 sein.

## Zur Stabilität der Bankensysteme in der Tschechischen Republik, Polen und Ungarn

*Mit dem EU-Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Staaten zum 1. Mai 2004 werden die Bankensysteme der Beitrittsländer einem verschärften Wettbewerb ausgesetzt. Die Bankensysteme müssen jedoch stabil sein, um im Wettbewerb zu bestehen. Darin besteht auch das grundlegende Interesse der EU-Staaten, denn Instabilitäten bei der Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Finanzsektor eines der beitretenden Länder hätten letztlich Auswirkungen auf das Finanz- und Wechselkursystem der Gemeinschaft mit realwirtschaftlichen Folgen. Der vorliegende Beitrag untersucht die Stabilität der Bankensysteme der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns an Hand einiger wichtiger Indikatoren.*

*Der im Vergleich zu westlichen Ländern noch geringe Intermediationsgrad der Bankensysteme dieser Länder und ihre geringe Eigenkapitalbasis stellen gegenwärtig noch kein unmittelbares Existenzproblem für sie dar. Ein schwacher Wettbewerb, eine am EU-Durchschnitt gemessen hohe Inflationsrate und der geringe Intermediationsgrad ermöglichen den Banken einen ausreichenden Zinsertrag. So verkraften sie einen relativ hohen Anteil an notleidenden Krediten und eine hohe Fremdwährungsverschuldung. Bei ungünstigen Fundamentaldaten kann dies jedoch die Gefahr einer Krise, die möglicherweise durch externe Schocks oder Währungsturbulenzen ausgelöst würde, verschärfen.*

*Damit die Integration der Bankensysteme der Beitrittskandidaten in die EU erfolgreich wird, sind noch einige Bedingungen zu erfüllen: Es gilt, das Dienstleistungsangebot zu erweitern, den Anteil von notleidenden Krediten vor allem im tschechischen und polnischen Bankensystem zu verringern sowie die Fremdwährungsverschuldung im polnischen und ungarischen Banken- und Unternehmenssektor zu begrenzen. Die Erhöhung der Kapitalbasis ist ebenso eine wichtige Aufgabe.*

Mit dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns am 1. Mai 2004 wird sich der Wettbewerb zwischen den Banken verstärken. Ein Auslöser dafür wird sein, dass in den neu aufgenommenen Ländern künftig Banken anderer Mitgliedsländer der EU eine Filiale errichten können, ohne die bisherige Genehmigungsprozedur und ohne ein Gründungskapital vorzuweisen. Folglich ist damit zu rechnen, dass Banken westlicher EU-Länder in den drei Ländern verstärkt Filialen ein-

richten. Insbesondere in Ungarn ist eine Vielzahl neu entstehender Filialen durch bloße Umwandlung bisher bestehender Tochterbanken (etwa 20) zu erwarten. Ungarn hatte die seit 1998 lt. OECD-Abkommen mögliche Filialeinrichtung an die Aufbringung eines Gründungskapitals gebunden, wie es für Neugründungen notwendig ist. Daraufhin wurde in Ungarn bisher praktisch keine Filiale gegründet. Aufgrund der im Vergleich zu anderen einheimischen Banken meist größeren Refinanzierungs-/Rekapitalisierungsmöglichkeiten der Filialen mit Hilfe kapitalstarker Mutterbanken ergibt sich für solche Filialen ein Wettbewerbsvorteil, besonders bei ertragreichen Großkrediten an große Firmen. Damit werden Auswirkungen auf die Stabilität des bisherigen Bankensystems möglich. In der Vergangenheit zeigten die Bankensysteme von Transformationsländern eine besondere Empfindsamkeit gegenüber inneren und äußeren Einflüssen. In den Jahren 1997 und 1998 erwiesen sich Banken Krisen in einigen europäischen Transformationsländern als Auslöser einer Währungskrise.<sup>3</sup> Seitdem ist die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Bankensysteme der Transformationsländer in den Blickpunkt gerückt. Das um so mehr, als die Banken in diesen Ländern gegenwärtig noch einen Anteil von rund 80% an den Forderungen und Verbindlichkeiten des Finanzsektors (Deutschland rund 50%<sup>4</sup>) stellen.

### **Indikatoren zur Kennzeichnung der Bankenlage**

Die Empfindsamkeit der Bankensysteme kann am Vorabend des EU-Beitritts an Hand einer Auswahl von Indikatoren nachgezeichnet werden. Dazu werden neben dem Grad der Finanzintermediation der Bankensysteme und ihrer Eigenkapitalunterlegung (Eigenkapitalquote) insbesondere die Zinsdifferenz bzw. -marge, der Anteil der notleidenden Kredite

<sup>3</sup> Zur Bankenkrise in aufstrebenden Volkswirtschaften als Indikator einer Währungskrise und deren wechselseitigem Zusammenhang vgl. Brüggemann, A.; Gabrisch, H. u. a.: Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa, in: Pohl, R. (Hrsg.), Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Band 5. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000, sowie V. HAGEN, J.; TAI-KUANG H.: Twin Crises: A Reexamination of Empirical Links. ZEI, Bonn, January 2003.

<sup>4</sup> SCHMIDT, R. H. u. a.: Angleichung der Finanzsysteme in Europa, Hauptergebnisse des DFG-Projektes, Version Februar 2001. Centre for Financial Studies.

und der Umfang offener Fremdwährungsposition untersucht.

Der Grad der Finanzintermediation zeigt die Einbindung des Bankensystems bei der Allokation finanzieller Mittel an.

Die Eigenkapitalquote gibt Auskunft, wieweit das Kreditrisiko mit Eigenkapital unterlegt ist. Demnach gilt das Eigenkapital als eine entscheidende Größe für den Spielraum des Bankgeschäfts.

Die Zinsdifferenz (Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinssatz) ist in Transformationsländern relativ hoch und verkörpert damit den noch unzureichenden Wettbewerb unter den Banken. Ihnen ist es möglich, Mängel im Bankbetrieb durch erhöhte Zinseinnahmen bzw. verminderte Zinsausgaben zu kompensieren.

Ein hoher Anteil notleidender Kredite am Kreditbestand gefährdet die Liquidität und Bonität der Bank und engt den Geschäftsspielraum ein.

Der Wert der Netto-Fremdwährungsposition kann sich bei einer Auf- oder Abwertung der einheimischen Währung drastisch verändern und so die Liquidität einer Bank erheblich beeinträchtigen.

Gemessen am Indikator Bilanzsumme/Bruttoinlandsprodukt und verglichen mit dem EWU-Durchschnitt von 250% (1999), verzeichnen die Bankensysteme der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns einen sehr niedrigen Grad der Finanzintermediation: Im Jahre 2001 betrug die Quote in der Tschechischen Republik 130%, in Polen 66% und in Ungarn 68%. Die entsprechenden Quoten der übrigen Finanzintermediäre (Börsen, Pensions- und Versicherungsfonds) waren 30% in der Tschechischen Republik, 13% in Polen und 11% in Ungarn.

Die hohe ausländische Kapitalbeteiligung (61 bis 70% des gezeichneten Kapitals), überwiegend von Banken aus EU-Ländern, wurde zu einem stabilisierenden Faktor für die Bankensysteme der drei Länder. Hauptsächlich durch deren Kapitalaufstockungen erreichten die Bankensysteme die gesetzliche Quote des haftenden Eigenkapitals (Eigenkapitalquote) von mindestens 8%.<sup>5</sup> Sie lag im Jahre 2001 in den drei Ländern zwischen 15 und 16%, in der EU insgesamt bei 12%, in Deutschland bei 14%. Einige wenige Banken blieben etwas unterhalb der geforderten 8%: In der Tschechischen Republik gab

es Ende 2001 keine Bank unterhalb der Mindestquote, in Polen wiesen dagegen drei Banken und in Ungarn eine Kleinbank weniger als 8% aus.

### ***Der Zins als wichtigste Einnahmequelle***

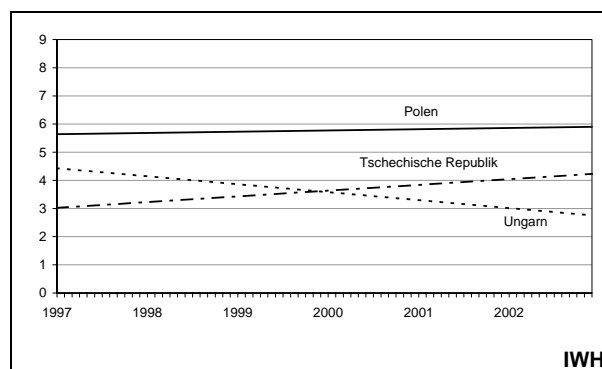
Die Zinsen stellen für die Banken der Beitrittsländer gegenwärtig noch die wichtigste Einnahmequelle dar; Gewinne aus anderen Geschäften als aus dem Einlage- und Kreditgeschäft sind gegenwärtig noch unbedeutend. Im Gegensatz zu westlichen Ländern werden sie noch mehr von der Zinspolitik der Zentralbank mit dem Ziel der Desinflation und von dem noch geringen Intermediationsgrad bestimmt. Ein Mangel an Wettbewerb ermöglichte den Banken, Opportunitätskosten – z. B. wegen einer viel höheren Mindestreservepflicht als in westlichen Ländern, besonders in Polen und Ungarn<sup>6</sup> – durch eine relativ hohe Zinsdifferenz (Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzinssatz) zu kompensieren. Umfangreiche Kreditausfälle, hohe Hedging-Kosten und eine geringe Produktivität trugen ebenfalls zu einer hohen Zinsdifferenz bei.

Im Untersuchungszeitraum 1997 bis 2002 ist in der Tschechischen Republik ein deutlich zunehmender und in Ungarn ein deutlich abnehmender Trend der Zinsdifferenz erkennbar, in Polen ist der Trend schwach steigend (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:

Trend der Zinsdifferenzen des Bankensystems (Zinssatz für Kredite an Unternehmen bis 1 Jahr – Zinssatz für Einlagen bis 1 Jahr)

- in % -



Quelle: WIIW, Wien, Monatsdatenbank.

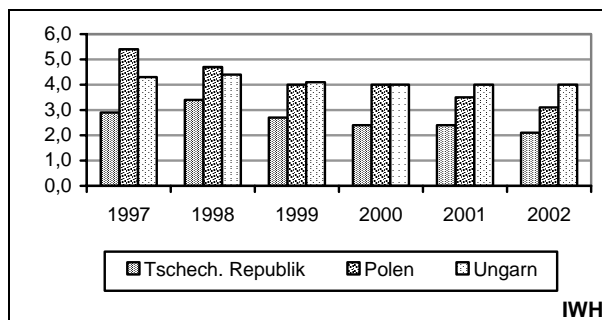
Für internationale Vergleiche wird nicht die Zinsdifferenz, sondern die Zinsmarge als das Ver-

<sup>5</sup> Lt. Solvabilitätsrichtlinie der BIZ Basel bzw. der EU müssen Banken ihre „Risikogewichteten Aktiva“ (nach Schuldner-typen Staat, Banken, Unternehmen gewichteten Aktiva) mit mindestens 8% der Eigenmittel (Eigenkapitalquote = Haftendes Eigenkapital/Gewichtete Risikoaktiva x 100) unterlegt haben.

<sup>6</sup> REININGER, T.; SCHARDAX, F.; Summer, M.: The Financial System in the Czech Republic, Hungary and Poland after the first Decade of Transition. Wien, 2001.

hältnis von Nettozinsertrag zur Bilanzsumme (vgl. Abbildung 2) betrachtet. Bei dieser Betrachtungsart zeigt sich gegenüber entwickelten westlichen Ländern ebenfalls eine hohe Zinsmarge. Die deutschen Banken realisierten im Jahre 2000 eine durchschnittliche Zinsmarge von 1,2%, die Schweizer Banken sogar nur 0,8%, und erreichten unter diesen Bedingungen eine höhere Rentabilität als die Bankensysteme der drei Transformationsländer.

Abbildung 2:  
Zinsmarge des Bankensystems (Nettozinsertrag/  
Bilanzsumme)  
- in % -



Quellen: Staatliche Bankenaufsichten der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns, jährliche Berichte; Berechnungen des IWH.

In Abbildung 2 fällt auf, dass Ende 2002 das ungarische Bankensystem im Vergleich zum polnischen eine viel höhere Zinsmarge, bezogen auf die Bilanzsumme, auswies, obgleich die Zinsdifferenz 3,4 Prozentpunkte geringer als die des polnischen Bankensystems war. Das ist durch einen höheren Entwicklungsstand bzw. einträglichere Geschäfte der ungarischen Banken erklärbar.

### Das Problem notleidender Kredite

Mit dem Problem notleidender Kredite sind Transformationsländer seit langem konfrontiert. Bei ihnen ergab sich entwicklungs- und transformationsbedingt ein vergleichsweise erhöhter Anteil<sup>7</sup> von notleidenden Krediten. Zwecks Eigenkapitalentlastung werden Banken versuchen, notleidende Kredite entweder zu Lasten der Rücklagen und des Gewinns auszusondern oder unter Hinnahme von Abschlägen an eine spezialisierte Einrichtung zu verkaufen.

Für die Zwecke der Steuerung der Kreditrisiken ist die Einteilung der Kredite in fünf Kategorien

international üblich. Die Zuordnung zu den einzelnen Kategorien erfolgt in den drei Ländern hauptsächlich nach der Dauer der Überfälligkeit (vgl. Tabelle 1), aber auch gemäß der Einschätzung der Bonität des jeweiligen Kreditschuldners durch die Bank. Unterschiedliche Verfahrensweisen erschweren somit einen unmittelbaren Ländervergleich.

Tabelle 1:  
Klassifizierung der Kredite, in Tagen ihrer Überfälligkeit, Stand Anfang 2003

	Tschech. Republik	Polen	Ungarn
Standard	0 - 30	0 - 30 <sup>a</sup>	0 - 15
„Zu beobachten“	31 - 90	0 - 30 <sup>b</sup>	16 - 90
Substandard	91 - 180	31 - 90	16 - 90 <sup>d</sup>
Zweifelhaft	181 - 360	91 - 180	91 ...
Uneinbringlich	361 ...	181 ...	91 ... <sup>e</sup>

<sup>a</sup> Bei sonst ausreichender Bonität. – <sup>b</sup> Bei erhöhtem Länder-, Gewerbe-, Produktisiko. – <sup>c</sup> Der Kreditnehmer bzw. der Kredit stellt für die Bank aufgrund verschiedener Merkmale ein erhöhtes Risiko dar. – <sup>d</sup> Es bahnt sich ein Verlust an. – <sup>e</sup> Über 70% des eingegangenen Risikos sind bereits Verlust; die Tilgung blieb längere Zeit aus.

Quellen: Provision of the Czech National Bank No. 9 of 6 November 2002; Finance Minister's Regulation of Poland of 10 December 2001; AO des ungarischen Finanzministers Nr. 14/2001 (9. März), All Concerning the Assessment of Financial Receivables.

Es ist bemerkenswert, dass Ungarn mit den strengsten Klassifizierungskriterien bei den notleidenden Krediten am besten dasteht (vgl. Abbildung 3). Ganz anders in Polen und der Tschechischen Republik: Hier bestand im Untersuchungszeitraum ein erheblich größerer Anteil von notleidenden Krediten, gleichzeitig aber auch mildere Bewertungskriterien. Das erhärtet die Vermutung, dass neben dem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung in längerer Frist auch ein Zusammenhang mit der großzügigeren Haltung der Bankenaufsicht wirkt.

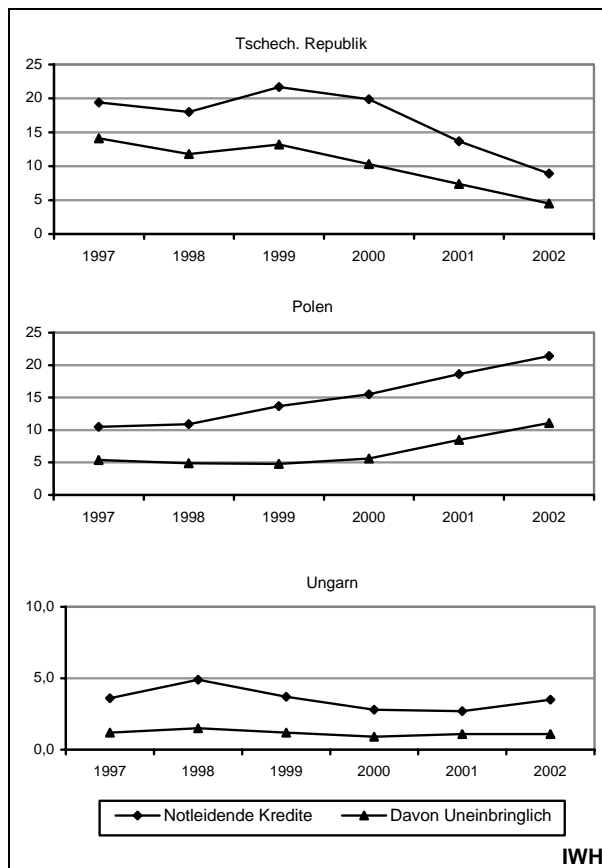
Der jahrelange, vergleichsweise hohe Anteil der notleidenden Kredite des tschechischen Bankensystems ist jedoch entscheidend mit der starken Eigentumsverflechtung von Wirtschaft und Banken infolge der Coupon-Privatisierung in Zusammenhang zu bringen.<sup>8</sup> Der enorme Rückgang von notleidenden Krediten in der Tschechischen Republik im Jahre 2001 ist großenteils die Folge des Ausscheidens der Konsolidierungsbank (Konsoli-

<sup>7</sup> 2001 betrugen die uneinbringlichen und zweifelhaften Forderungen der Banken der EU durchschnittlich 2,8% des Gesamtkreditbestandes.

<sup>8</sup> Vgl. BURES, O.: Czech Banking Reform – Biggest Free Lunch Ever?, in: CEP, International Student Conference, Future in the Making: Opportunities, Choices, Consequences. Selected Conference Papers, Dec. 2001.

dačni Banka, jetzt genannt Konsolidierungs-Agentur) aus dem Bankensystem am 1. September 2001.

Abbildung 3:  
Entwicklung der notleidenden Kredite<sup>9</sup> des Bankensystems  
- in % der Gesamtkreditsumme -



Quellen: Staatliche Bankenaufsichten der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns, jährliche Berichte.

### **Liquiditäts- und Solvenzgefährdung durch verstärkte Fremdwährungsgeschäfte**

Im Zeitraum 1997 bis 2001 verzeichneten die Banken – wie auch die Unternehmenssektoren aller drei Länder – den Jahresberichten der jeweiligen Bankenaufsicht zufolge – zunehmend Transaktionen in fremder Währung. Das geschah zum einen im Zusammenhang mit der Etablierung und Tätigkeit zahlreicher Töchter ausländischer Banken und Unternehmen im Lande, doch auch z. B. zur Liquiditätssicherung durch Aufnahme billiger Fremd-

währungskredite im Ausland oder im Lande selbst. Den Anreiz dazu bot das zurzeit noch hohe Zinsgefälle gegenüber Westeuropa, teils verstärkt durch ein wenig flexibles Wechselkurssystem, aber auch die in Aussicht gestellte EU-Mitgliedschaft des Landes mit ihren erwarteten positiven Wirkungen.

Für die Bankensysteme ergab sich in den letzten Jahren jeweils eine nahezu ausgeglichene Netto-Fremdwährungsposition in aggregierter Sichtweise.<sup>10</sup> Das Wechselkursrisiko kann reduziert sein, wenn einzelne Fremdwährungspositionen durch Hedging gesichert sind, was aus den Bilanzen allerdings nicht hervorgeht. Von Polen und Ungarn ist bekannt<sup>11</sup>, dass die meisten Banken im Jahre 2001 eine offene negative oder positive Nettoposition bis zu 10% des Eigenkapitals aufwiesen, einige Banken noch darüber bzw. über die gesetzliche Norm hinaus. In Ungarn hatte im selben Jahr eine Großbank eine sehr große offene positive Position; sie betrug das Vierfache des Eigenkapitals (nur 30% gesetzlich erlaubt).

Eine relativ große Position der Netto-Verbindlichkeiten oder auch Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland kann die Liquidität und Marktbeurteilung von Banken aufgrund des darin enthaltenen Währungsrisikos ernsthaft gefährden. Verfügt eine Bank über erhebliche Nettoforderungen in fremder Währung, so verringert eine Aufwertung der heimischen Währung den Wert der Netto-Auslandsforderungen und damit auch des Zinsertrags in inländischer Währung. Umgekehrt nimmt der inländische Wert der Netto-Auslandsverbindlichkeiten bei einer Abwertung der heimischen Währung zu. Selbst eine ausgeglichene, aber durch Hedging nicht gesicherte Fremdwährungsposition kann eine Bank bei Währungsturbulenzen bzw. -krisen gefährden, wenn Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten eine voneinander stark abweichende Währungs- und Laufzeitstruktur aufweisen.

Der Gefahrenfaktor der ausländischen Verschuldung von einzelnen Banken wurde in den drei Ländern durch Begrenzung der Höhe offener Fremdwährungspositionen (Polen 20% des Eigenkapitals, die Tschechische Republik und Ungarn 30%) gemindert. In Polen wurde im März 2001 überdies die Bestimmung eingeführt, dass Banken

<sup>9</sup> „Notleidende Kredite“ beinhaltet „substandard“, „zweifelhafte“ und uneinbringliche Forderungen. Bei Berücksichtigung der Kategorie „zu beobachten“ wären in Abbildung 3 für die Jahre 1999-2001 bei der Tschechischen Republik 8-10%, bei Polen 8-7% und bei Ungarn 5-7% noch hinzuzurechnen.

<sup>10</sup> Im Jahre 2001 verzeichneten die Bankensysteme der Tschechischen Republik und Polens eine positive Position von 0,6% bzw. 0,3% und Ungarns eine negative Position von 0,01% der Bilanzsumme.

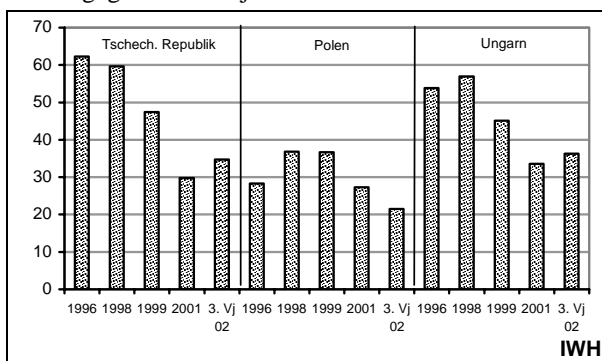
<sup>11</sup> Jahresbericht der Bankenaufsicht bzw. internes Material des IWH.



für eine Netto-Fremdwährungsposition von mehr als 2% des Eigenkapitals eine gesonderte Risikoreserve zu bilden haben.

Die Bemühungen zur Reduzierung des Währungsrisikos kommen auch darin zum Ausdruck, dass die Bankensysteme aller drei Länder ihre Anteile an den Nettoverbindlichkeiten des gesamten Landes (Banken, Unternehmen und Staat) gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken<sup>12</sup> bis Ende 2001 spürbar verringert haben (vgl. Abbildung 4). Dies gilt besonders für die Tschechische Republik und Ungarn.<sup>13</sup>

Abbildung 4:  
Entwicklung des Anteils des Bankensystems an den Nettoverbindlichkeiten des Landes gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken  
- in % gegenüber Vorjahreszeiträumen -



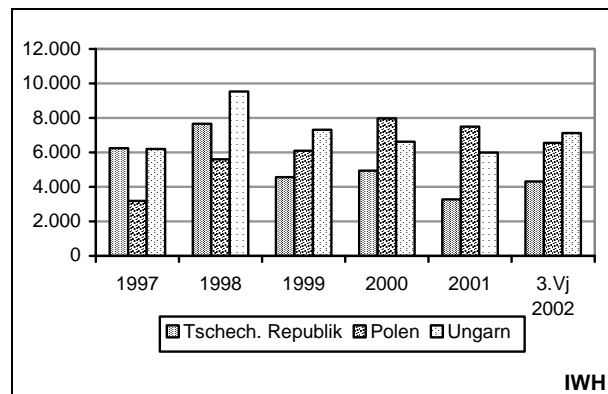
Quelle: BIS Quarterly Review, International Banking and Financial market developments.

Auch in den absoluten Werten sind Bemühungen um eine Minimierung und Beschränkung der Fremdwährungsverschuldung gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken sichtbar, in Polen allerdings erst seit dem Jahr 2001 (vgl. Abbildung 5).

Ein wirkliches Gefährdungspotenzial besteht im starken Anwachsen bzw. hohen Niveau der inländischen Fremdwährungsverschuldung der polnischen und ungarischen Unternehmen (vgl. Abbildung 6) und der polnischen privaten Haushalte mit möglichen Störungen für die Liquidität und Stabilität der Banken. Im Jahre 2001 bestand in Ungarn die Hälfte aller Unternehmenskredite einheimischer Banken in fremder Währung (Tschechische Republik und Polen rund ein Viertel), im Jahre 2000 sogar 61%. Bedenkt man, dass sich der unga-

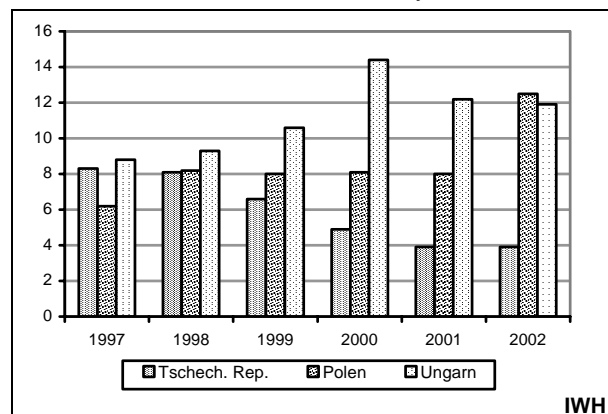
rische Unternehmenssektor noch umfangreich direkt im Ausland kreditierte, so ist er insgesamt einem hohen Wechselkursrisiko ausgesetzt.

Abbildung 5:  
Nettoverschuldung des Bankensystems gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken  
- in Mio. US-Dollar -



Quelle: BIS Quarterly Review, International Banking and Financial market developments.

Abbildung 6:  
Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen  
- in % der Bilanzsumme des Bankensystems -



Quellen: Staatliche Bankenaufsichten der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns, jährliche Berichte; Berechnungen des IWH.

Die Fremdwährungsverschuldung der polnischen Privathaushalte ist im Vergleich zu den beiden anderen Ländern seit 1998 in einem ständigen Anstieg begriffen. Sie stieg bis 2002 auf das Siebzehnfache. Dabei handelte es sich zu 40% um langfristige Wohnungskauf- bzw. Wohnungsbaukredite. Ihre Tilgung seitens der Bank kann besonders gefährdet sein, wenn sie ihre Basis in kurzfristig fälligen Schulden gegenüber dem Ausland haben.

Das Interesse an Fremdwährungskrediten bestand auf beiden Seiten, bei den Banken (relativ hohe Zinsmarge als Einnahmequelle) wie den Kre-

<sup>12</sup> Der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich regelmäßig berichtende Banken.

<sup>13</sup> Demgegenüber dehnten die Unternehmen ihren Anteil an den Nettoverbindlichkeiten – besonders stark in der Tschechischen Republik und am wenigsten in Ungarn – aus.

ditnehmern (relativ geringer Nominalzinssatz im Vergleich zu Krediten in Zloty). Zu Beginn des Jahres 2001 erbrachten Kredite in US-Dollar, Euro oder Schweizer Franken den Banken Zinsmargen zwischen 4 und 6 Prozentpunkten. Für die Kreditnehmer boten sich im Vergleich zu Zloty-Krediten bis zu 13 Prozentpunkten geringere Nominal-Zinssätze.

Mit dem hohen Volumen der Aufnahme wie auch der Weitergabe von Fremdwährungskrediten nahmen die Banken eine potentielle Verschlechterung ihrer Kreditportfolios durch einen möglichen Tilgungsausfall in Kauf. Den privaten Haushalten wird es schwer fallen, die teils langfristigen Fremdwährungskredite aus ihren Arbeitseinkünften fristgerecht zurückzuzahlen. Des Weiteren ist zu vermuten, dass die Kreditnehmer für gewöhnlich keine Versicherung gegen ein Wechselkursrisiko abgeschlossen haben, um den Effekt aus den gesparten Zinskosten nicht zu schmälern.

### ***Zusammenfassung und Schlussfolgerungen***

Das ungarische Bankensystem zeigt im Verhältnis zu den Bankensystemen der Tschechischen Republik und Polens eine höhere Stabilität und Effizienz. Es erreichte im Jahre 2001 den höchsten Nettozinsertrag im Verhältnis zur Bilanzsumme bei einer ähnlich niedrigen Zinsdifferenz wie der des tschechischen Bankensystems. Es weist einen sehr geringen, von den drei Ländern geringsten Anteil notleidender Kredite auf. Seit 1999 geht der Anteil des Bankensystems an den Nettoverbindlichkeiten des Landes gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken zurück. Die Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen ist sehr hoch, nimmt aber seit 1999 ab. Doch wegen des hohen Umfangs zusätzlicher direkter Verschuldung von Unternehmen im Ausland ist die Gefährdung des Bankensystems nicht zu unterschätzen. Die Auslandsverschuldung der privaten Haushalte ist dagegen geringfügig.

Das tschechische Bankensystem zeichnet sich durch einen gegenüber dem polnischen und ungarischen Bankensystem doppelt hohen Grad der Finanzintermediation aus. Es ist in der Lage, eine ausreichende Rentabilität mit einer gegenüber Polen und Ungarn deutlich verringerten Zinsmarge zu sichern. Belastend wirkt sich dagegen der sehr hohe Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditbestand aus. Der Anteil des Bankensystems an den Nettoverbindlichkeiten der Tschechischen Republik gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken ist nach der Währungskrise von 1997 rückläufig. Die inländische Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen sinkt seit 1998 jährlich und hat ein

geringes Niveau, die der privaten Haushalte ist unbedeutend.

Das polnische Bankensystem zeigt eine niedrige Effizienz und hohe Gefährdung wegen der Fremdwährungsverschuldung der Unternehmen und privaten Haushalte. Mit 66% der Bilanzsumme im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2001 ist sein Grad der Finanzintermediation von allen drei Ländern am geringsten. Auffallend ist auch das erhöhte Niveau der Zinsdifferenz. Es war im Jahre 2001 besonders hoch, während der Nettozinsertrag im Verhältnis zur Bilanzsumme sank. Diese Tendenz sich verschlechternder Effizienz setzte sich im Jahre 2002 fort. Hinsichtlich der notleidenden Kredite besteht seit 1997 eine jährlich steigende Tendenz. Im Jahre 2001 wurde das bisher für das tschechische Bankensystem kennzeichnende hohe Niveau des Anteils notleidender Kredite weit übertroffen. Positiv ist zu bewerten, dass das polnische Bankensystem im Untersuchungszeitraum den geringsten (und auch sinkenden) Anteil an den Nettoverbindlichkeiten gegenüber BIZ-berichtspflichtigen Banken hatte.

Die dargestellte „relative Stabilität“ der drei Bankensysteme erhält im Lichte der vollen Öffnung des Finanzmarktes durch EU-Beitritt einen neuen Stellenwert. Für den härteren Wettbewerb, die Überwindung der aufgezeigten Gefährdungspotenziale und mögliche externe Schocks benötigen sie eine größere Kapitaldecke. Auch die künftig an einem Rating der Banken orientierten Eigenkapitalrichtlinien (Basel II) mahnen eine Vergrößerung der Kapitalbasis an. Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten im Bankensektor des EU-Raums sind von einzelnen Banken keine bedeutenden Kapitalzuführungen an Tochter- oder Joint-Venture-Banken in den drei Ländern zu erwarten.

Die Banken können, organisatorisch unterstützt vom Staat, sich selbst am besten durch Fusionen, zünftiges Schuldenmanagement, Diversifizierung der Geschäftsfelder und Kosteneinsparungen Möglichkeiten für eine Kapitalerweiterung schaffen.

Offene Fremdwährungspositionen bergen in sich ein großes Risiko für die Bankensysteme. Es kann sich verschärfen, wenn die neuen EU-Mitgliedsländer – möglicherweise schon im nächsten Jahr – am Wechselkursmechanismus II teilnehmen. Bei der Bindung ihrer Währung an den Euro ist nämlich eine Abwertung ihrer Währung nicht ausgeschlossen.

*Werner.Gnoth@iwh-halle.de*

## Entwicklungspotenziale und -hemmnisse ehemaliger ostdeutscher Braunkohletagebauregionen – Das Fallbeispiel des Geiseltals in Sachsen-Anhalt

*Die Sanierung ehemaliger Braunkohletagebaustandorte stellt ein wichtiges Teilstück des seit 1990 stattfindenden ökonomischen und ökologischen Umstrukturierungsprozesses in Ostdeutschland dar. Durch den Sanierungsfortschritt werden in jüngerer Zeit vermehrt rekultivierte Flächen für neue Nutzungen wieder verfügbar und bereichern das Entwicklungspotenzial der betreffenden Regionen. Diese neu entstehenden Potenziale werden jedoch nicht automatisch für die Wirtschaftsentwicklung der betreffenden Region wirksam, sondern werden in ihrer Wirkung durch verschiedene Hemmnisse und Risiken gebremst. Im Fall des ehemaligen Tagebaustandorts des Geiseltals im Süden Sachsen-Anhalts zeigen sich solche Hemmnisse in Form einer starken Gebundenheit an die Bergbau- und Industrietradition, in den expandierenden Flächenschutzinteressen von Naturschutzorganisationen und in den nicht anforderungsgerechten Organisationsformen der regionalen politischen Kräfte. Bei Festlegung auf eine tourismusbezogene Entwicklungsstrategie ergeben sich Risiken bezüglich der tatsächlichen Dauer des restlichen Rekultivierungsprozesses und durch konkurrierende Standorte mit ähnlichen Entwicklungszielen.*

Die Entwicklung ostdeutscher Regionen verläuft zunehmend unterschiedlich. Zu den Teilräumen mit besonderen Problemen zählen jene Regionen, deren Wirtschaft bisher vom Kohleabbau geprägt war. Diese sind mit der Einstellung des Abbaus in der Regel in eine krisenhaft verlaufende Phase des Strukturwandels geraten. Zudem bilden die Folgen der bergbaulichen Aktivitäten – vornehmlich Tagebaulöcher, gestörte Wasserhaushalte, kontaminierte und ungeräumte Betriebsflächen – ein Gefahrenpotenzial, prägen das Landschaftsbild solcher Regionen über längere Zeit und erschweren zugleich regionalpolitische Bemühungen der ökonomischen Umorientierung. Aufgrund des intensivierten Braunkohleabbaus in der Zeit der DDR und der zahlreichen Betriebsstilllegungen im Gefolge der Vereinigung sind in Ostdeutschland besonders viele Regionen zu finden, die mit dieser Problematik konfrontiert sind. Insgesamt übertrifft die Gesamtfläche stillgelegter ostdeutscher Braunkohletagebaue mit mehr als 90 000 ha die des Landes Berlin (89 169 ha).

Diese Flächen waren bisher aufgrund bergbaulicher Gefahren, ökologischer Schäden sowie still-

gelegter Bergbau- und Industrieanlagen einer anderweitigen Nutzung entzogen, werden aber im Rahmen laufender Sanierungsaktivitäten wieder zunehmend in Wert gesetzt. Diese neu entstehenden Potenziale werden jedoch nicht automatisch für die Wirtschaftsentwicklung der betreffenden Region wirksam, sondern erfordern hierfür eine Abstimmung der regionalen Akteure über die zukünftige Ausrichtung der jeweiligen regionalen Entwicklungsstrategie.

Im Folgenden wird dargestellt, welche Schritte unternommen wurden und werden, um die Entwicklungsvoraussetzungen solcher Regionen zu verbessern und welche Hemmnisse beim Versuch auftreten, die neuen Entwicklungspotenziale auch zu nutzen. Letzteres wird am Fallbeispiel des Geiseltals – einem im südlichen Sachsen-Anhalt gelegenen ehemaligen Tagebaustandort – verdeutlicht und diskutiert. Das Geiseltal scheint als Fallbeispiel gut geeignet, da dort die Entwicklungspotenziale und -hemmnisse besonders anschaulich zu Tage treten.

### ***Sanierung ostdeutscher Braunkohletagebaue als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe***

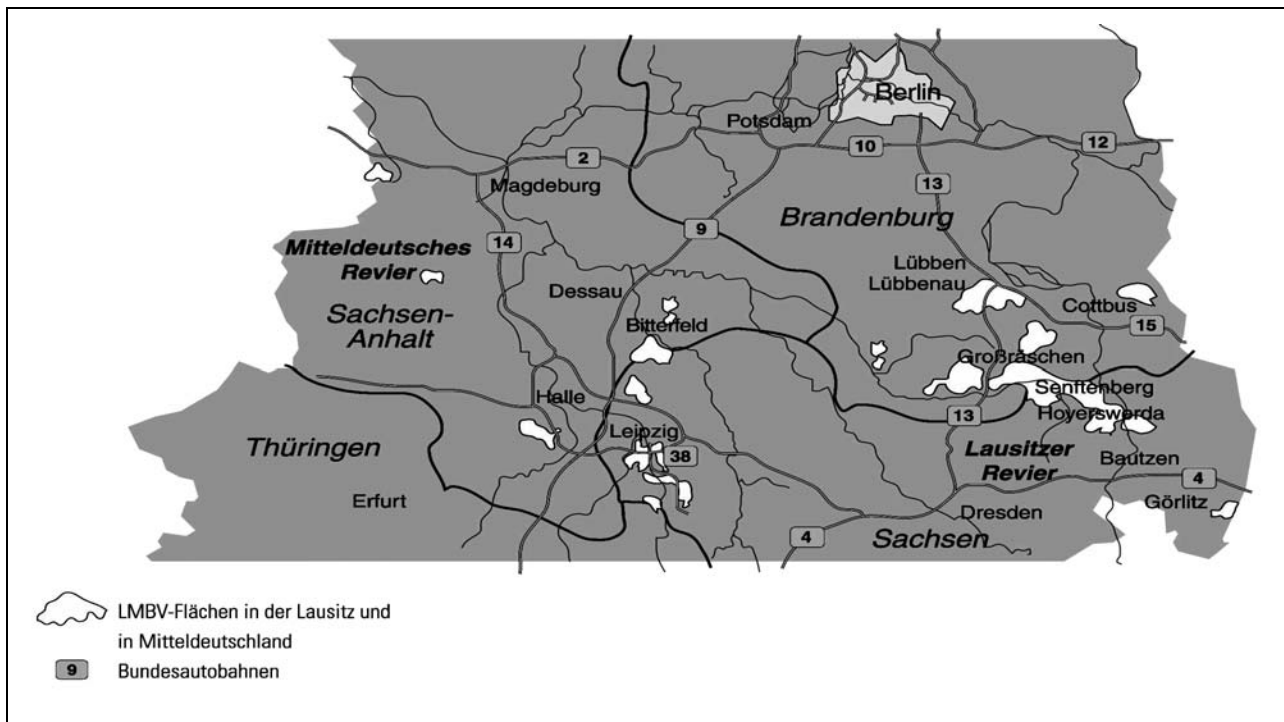
Die Sanierung ehemaliger Braunkohletagebaustandorte stellt ein wichtiges Teilstück des seit 1990 stattfindenden ökonomischen und ökologischen Umstrukturierungsprozesses in Ostdeutschland dar. Politisch-rechtlich wurde die Braunkohlesanierung als eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes mit den vier betroffenen Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen organisiert (vgl. Karte) und wird von den Beteiligten auf der Grundlage von Verwaltungsabkommen finanziert.<sup>14</sup> Nach derzeitigem Erkenntnisstand werden für den gesamten Sanierungsprozess 8,7 Mrd. Euro veranschlagt, wovon bis Ende 2002 knapp drei Viertel (6,4 Mrd. Euro) verausgabt wurden.<sup>15</sup> Hierbei nahm und nimmt die von der Treuhandanstalt im Jahr 1994 gegründete Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-GmbH (LMBV) zentrale Funktionen als Bergbau betreibendes Unterneh-

<sup>14</sup> Mitte 2002 wurde das Verwaltungsabkommen mit einem Mittelumfang in Höhe von 1,4 Mrd. Euro für die Periode 2003-2007 unterzeichnet, nach der die Sanierung zu einem Abschluss kommen soll.

<sup>15</sup> Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-GmbH (LMBV) (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, Berlin 2003, S. 6.

Karte:

Flächen der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- und Verwertungs-GmbH (LMBV) in Ostdeutschland



Quelle: © LMBV.

men, als Projekt- und Beschäftigungsträger für Sanierungsmaßnahmen, als Immobilienverwerter und als Initiator für regionale Entwicklungsprojekte wahr. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich das Aufgabenspektrum der LMBV von dem eines Bergbauunternehmens hin zu dem einer Ingenieur- und Immobilienverwertungsgesellschaft verlagert (vgl. Tabelle 1).

### ***Regionale Entwicklungspotenziale durch Fortschritte bei der Braunkohlesanierung erkennbar***

Die Aktivitäten der LMBV werden für die Regionalentwicklung um so relevanter, je mehr neu nutzbare Flächen die Gesellschaft „produziert“ und vermarktet. Die LMBV verfügte zu Beginn ihrer Tätigkeit über eine Eigentumsfläche von 95 761 ha (vgl. Tabelle 1). Ende 2002 befanden sich noch 62 101 ha im Eigentum der LMBV. Nach den gegenwärtigen Planungen werden nach Sanierungsabschluss von dieser Fläche fast 40% zu Wasserfläche umgestaltet worden sein (vgl. Tabelle 2).

Daneben werden aber auch Flächen für neue landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke umgestaltet, aufbereitet und veräußert bzw. verpachtet. Zwischen 1997 und 2002 hat die LMBV insgesamt mehr als 36 500 ha Flächen veräußert, darunter auch 5 857 ha für Zwecke des Naturschutzes (vgl. Tabelle 1), was einem Anteil

von 16% entspricht.<sup>16</sup> Gewerbeflächen machen zwar insgesamt nur einen geringen Anteil an den sanierten Flächen aus (vgl. Tabelle 2), sind aber für die Wirtschaftsförderer der früheren Bergbaukommunen vielfach mit der Hoffnung auf eine Reindustrialisierung verbunden.

Dies trifft besonders auf jene Standorte zu, die in Kooperation von LMBV und den betreffenden Kommunen zu Industrie- und Gewerbeparks weiterentwickelt und vermarktet werden.<sup>17</sup>

Aus regionalpolitischer Perspektive verkörpern die Veränderungen in den Flächenbilanzen in Tabelle 1 und Tabelle 2 nicht nur einen massiven Strukturwandel in den Tagebau-Regionen, sondern gleichzeitig auch ein derzeit vom Flächenumfang her noch anwachsendes Entwicklungspotenzial mit einer bestimmten Richtungsvorgabe. Diese Richtungsvorgabe lautet, dass frühere Bergbau- und Industrie Flächen nunmehr vornehmlich für Tourismus-, Freizeit- und Naherholungszwecke zur Verfügung stehen. Inwieweit dieser durch Sanierung

<sup>16</sup> Käufer von Naturschutzflächen sind z. B. Naturschutzorganisationen, Stiftungen, Heimatvereine und private Naturliebhaber.

<sup>17</sup> Erste Ansiedlungserfolge wurden in den vier Lausitzer Industrieparks und im Südraum von Leipzig mit dem Freizeitpark Belantis erzielt. Vgl. LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, a. a. O., S. 44 f.

Tabelle 1:

Ausgewählte Kenndaten zur Braunkohlesanierung durch die LMBV in Ostdeutschland 1996-2002

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränderung 2002 zu 1996/1997 in %
durch die LMBV geförderte Braunkohle (in Mio. t)	14,4	9,3	5,9	5,7	-	-	-	
Personalbestand der LMBV	6 248	5 104	3 347	2 644	1 902	1 677	1 353	-78,3
Maßnahmengeförderte Beschäftigte in der Bergbausanierung	11 710	6 931	4 558	4 252	3 703	3 501	3 502	-70,1
Wassermenge für Tagebau-Flutungen (in Mio. m³)	k. A.	58,2	117,5	193,8	234,9	274,6	353,6	607,6
Flächen im Eigentum der LMBV (in ha)	95 761	88 752	86 044	83 200	75 808	67 585	62 101	-29,4
- darunter: Betriebs- und Abbauf Flächen	k. A.	39 341	37 393	37 464	35 159	32 346	28 653	-27,2
Veräußerte LMBV-Flächen (in ha)	k. A.	1 185	4 439	3 439	8 386	10 745	8 312	701,4
- darunter: Naturschutzflächen	k. A.	82	173	161	871	1 507	3 063	3 735,4

Quellen: LMBV (Hrsg.): LMBV im Überblick, Berlin, Ausgaben 1996-2002; LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2001, Berlin 2002; LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, a. a. O.; LMBV konkret, Nr. 2/2003, S. 5; Berechnungen des IWH.

und Rekultivierung eröffnete „Entwicklungskorridor“ auch tatsächlich von den Kommunen und politischen Akteuren vor Ort aufgegriffen und mit Hilfe entsprechender Strategien beschritten wird, ist eine offene Frage. Dass in dieser Hinsicht Probleme auftreten können, lässt sich vermuten, wenn man berücksichtigt, dass manche Kommunen angesichts der Vielzahl von in den nächsten Jahren neu „auf den Markt“ kommenden Freizeit- und Naherholungsstandorten ihre eigenen Entwicklungschancen in dieser Richtung skeptisch einschätzen.

Tabelle 2:

Geplante Nutzungsänderung der LMBV-Flächen

Flächenart	Ist-Stand 2002		Zielsetzung	
	ha	in %	ha	in %
Bergbauliche Betriebs- und Abbauf Flächen	28 653	46,1	0	0,0
Landwirtschaftsflächen	4 485	7,2	5 300	8,5
Forstflächen	11 046	17,8	19 000	30,6
Wasserflächen	7 928	12,8	24 200	39,0
naturnahe Flächen	4 848	7,8	10 100	16,3
Gewerbeflächen	5 141	8,3	3 500	5,6
Summe	62 101	100,0		100,0

Quellen: LMBV (Hrsg.): Sanierungsbericht 2002, a. a. O., S. 43; Berechnungen des IWH.

Fragen der politischen Umsetzung der neu verfügbaren Entwicklungspotenziale sollen im Folgenden am Beispiel des Geiseltals als ehemaligem

Tagebau-Standort im Mitteldeutschen Braunkohlerevier in Sachsen-Anhalt nachgegangen werden.

### *Fallbeispiel Geiseltal: Ausgangslage*

Im südwestlich an das Stadtgebiet von Merseburg anschließende Geiseltal – benannt nach dem in die Saale mündenden Flüsschen Geisel – wurde vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis 1993 Braunkohle im Tagebau im großindustriellen Maßstab abgebaut und z. T. in unmittelbarer räumlicher Nähe gelegenen Fabriken zu Briketts weiterverarbeitet. Die Industriestruktur wurde weiter durch den seit 1938 dort bestehenden braunkohleverwertenden Raffineriestandort geprägt.<sup>18</sup> Diese Raffinerie ist 1996 nach einem Insolvenzverfahren in stark geschrumpfter Form in den zehn Kilometer vom alten Standort entfernten Leuna-Chemiepark gewechselt. Die frühzeitig absehbare Erschöpfung der Kohlevorräte führte bereits in der Zeit der DDR zu ersten Sanierungsplänen und -maßnahmen.

Im Unterschied zu den Lausitzer Tagebaugebieten handelt es sich beim Geiseltal um eine relativ dicht besiedelte Abbauregion, in deren 11 Gemeinden ca. 23 000 Einwohner leben. Siedlungsstrukturell gesehen sind die größeren Gemeinden in ein fast durchgängiges Siedlungsband integriert, das sich in Ost-West-Richtung von Merseburg bis nach Mückeln zieht. Die beiden größten Gemeinden, Mückeln und Braunsbedra, haben Stadtstatus und sind raumordnungspolitisch als Grundzentren eingestuft. Der Bevölkerungsrückgang in den Geiseltal-Gemeinden insgesamt entspricht etwa dem Lan-

<sup>18</sup> Zunächst unter der Bezeichnung „Mineralölwerk Lützendorf“, später unter „Addinol“ geführt.

Tabelle 3:

Bevölkerungsentwicklung (1992/2002) und Arbeitslosenzahlen (2001/2003) der größten Kommunen im Geiseltal im Vergleich zum Landkreis Merseburg-Querfurt und zu Sachsen-Anhalt insgesamt

	Mücheln (1)	Brauns- bedra (2)	Roszbach (3)	Frank- leben (4)	Großkayna (5)	Summe (1)-(5)	Landkreis Merseburg- Querfurt	Sachsen- Anhalt
Bevölkerung								
- 1992 <sup>a</sup>	7 533	7 260	1 930	1 717	1 248	19 688	141 254	2 796 981
- 2002 <sup>a</sup>	6 597	6 845	1 881	1 645	1 099	18 067	133 301	2 565 174
Veränderung in %	-12,4	-5,7	-2,5	-4,2	-12,0	-8,2	-5,6	-8,3
Arbeitslose								
- 2001 <sup>b</sup>	885	913	44	193	147	2 182	14 770	264 384
- Mai 2003	903	935	43	205	157	2 243	15 056	268 789
Veränderung in %	2,0	2,4	-2,3	6,2	6,8	2,8	1,9	1,7

<sup>a</sup> Jahresende. – <sup>b</sup> Jahresdurchschnitt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

desdurchschnitt und liegt leicht höher als im Kreis Merseburg-Querfurt (vgl. Tabelle 3).

Die Arbeitslosigkeit hat seit 2001 etwas stärker zugenommen als im Kreis- und Landesdurchschnitt, wobei von Gemeinde zu Gemeinde deutliche Unterschiede auftreten (vgl. Tabelle 3).

Im Frühjahr 2003 wurde die bisherige ungünstige Anbindung an überregionale Verkehrsnetze durch den Weiterbau der A 38 und die Eröffnung eines Autobahnanschlusses (Merseburg-Süd) wesentlich verbessert. Mit dem weiteren Baufortschritt der A 38 (West- und Südumfahrung Merseburgs, Südumfahrung Leipzigs) und der A 143 (Westumfahrung Halles) werden sich vor allem die Fahrzeiten in die Städte Halle/Saale (Entfernung 30 km) und Leipzig (45 km) stark verkürzen.

### **Entwicklungspotenzial: Flutungsprojekt führt zu zwölfgrößtem See Deutschlands**

Unter Federführung der LMBV wurde in den vergangenen Jahren die Flutung der ehemaligen Tagebauflächen im Geiseltal vorbereitet und hat Mitte 2003 begonnen. Nach einer Flutungsdauer von 6-8 Jahren wird der „Geiseltalsee“ mit einer Fläche von ca. 19 qkm,<sup>19</sup> einer Uferlinie von etwa 41 km und einer Wassergüte in Badequalität als größter See Sachsen-Anhalts und zwölfgrößter See Deutschlands entstanden sein.<sup>20</sup> Ein See dieser Dimension

zieht nicht nur Badegäste an, sondern eignet sich auch für Wasser- und Erholungstourismus, Segeln, Surfen und andere wasserbezogene Freizeitaktivitäten, die nebeneinander betrieben werden könnten, ohne sich gegenseitig stören zu müssen. Erste Schätzungen zu den zukünftigen Besucherzahlen belaufen sich an Spitzentagen auf 18 000-20 000 Besucher aus einem Umkreis von 40 km, wobei die Minderung des Besucherpotenzials durch konkurrierende Standorte – in erster Linie im Süden Leipzigs (Cospudener See) und im Raum Bitterfeld (Goitzsche) – bereits zu berücksichtigen versucht wurde.<sup>21</sup> Eine andere jahresbezogene Schätzung gelangt zum Resultat eines Potenzials von 970 000 Geiseltalbesuchern im Jahr 2003 und einer Steigerung auf ca. 1,9 Mio. Besucher im Jahr 2020 im Fall eines voll umgesetzten Tourismus-Konzepts.<sup>22</sup>

Besucherpotenziale dieser Größenordnung bilden die Grundlage für Erwerbs- und Einkommenschancen in Gastronomie, Übernachtungswesen, Einzelhandel (speziell mit Lebensmitteln und Sportartikeln), Vermietung und Reparatur von Wassersportgeräten. Auch die Kommunen können ihre Einnahmesituation durch Erhebung diverser Ge-

<sup>19</sup> Deutschlandweit gesehen wird er damit zwischen dem niedersächsischen Steinhuder Meer (29,1 qkm) und dem bayerischen Walchensee (16,1 qkm) rangieren. In der Region Leipzig Halle wird die Goitzsche bei Bitterfeld einmal eine Fläche von 13 qkm und der Cospudener See im Süden Leipzigs 4,2 qkm erreichen.

<sup>20</sup> Die Flutungsdauer ist abhängig von der Verfügbarkeit des weitgehend aus der Saale entnommenen Flutungswassers.

<sup>21</sup> Masterplan Bergbaufolgelandschaft Geiseltal, unveröff., Dezember 1998, erstellt vom Landschaftsarchitekturbüro Därr im Auftrag des Ministeriums für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt und des Kommunalen Zweckverbandes Geiseltalsee, S. 193-204.

<sup>22</sup> Zum Vergleich: 1999 verzeichnete die Stadt Leipzig ca. 685 000 Touristenankünfte. Tourismus-, Nutzungs- und Standortmarketingkonzeption für den geplanten Erholungsstandort Geiseltal, erarbeitet von FUTOUR Umwelt-, Tourismus-Regionalberatung GmbH; LINKE & BOLENDER Bürogemeinschaft für Landschafts- und Umweltplanung, Freiraumentwicklung, Regionalberatung, unveröffentlicher Abschlussbericht, Dresden/Weißenfels 2001, S. 58-64.

bühren (Park- und Bootsliegplätze, Strandbäder), durch zuziehende, grundstückserwerbende Privathaushalte und durch die intensivierte lokale Unternehmenstätigkeit verbessern.

#### *Handlungserfordernisse:*

##### *Vorausschauende Flächenpolitik ...*

Die Zeit der Flutung verbleibt den Geiseltal-Kommunen als Frist, um die grundstücksbezogenen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die spätere Nutzung des Sees und der ihn umgebenden Landschaft zu schaffen. Der „Fahrplan“ hierfür liegt in verschiedenen Planwerken und Gutachten bereits detailliert nach erforderlichen Maßnahmen und einzelnen Kommunen vor.<sup>23</sup> Schätzungen gehen davon aus, dass für die öffentliche Hand ein Investitionsbedarf von insgesamt 163 Mio. Euro entstehen wird, wovon die Kommunen ca. 28,6 Mio. Euro tragen müssten.<sup>24</sup>

##### *... erste Investitionen in die tourismusbezogene Infrastruktur ...*

Bei den vorausschauenden Schritten kommt der Flächenpolitik der Kommunen eine Schlüsselstellung zu, die mit dem Erwerb von Flächen sicherstellen können, dass geplante Nutzungen zu einem späteren Zeitpunkt auch umsetzbar werden. Begleitend hierzu sind Flächennutzungs- und Bebauungspläne zu erstellen. Während der See selbst als so genanntes Gewässer I. Ordnung voraussichtlich in Landeseigentum übergehen wird, sind die Uferstreifen und entsprechenden Ergänzungsflächen von der LMBV und z. T. auch von privaten Eigentümern zu erwerben. Eine derartige Flächen(-vorrats)politik stellt für die Kommunen eine erhebliche finanzielle Belastung über einen längeren Zeitraum dar, da davon auszugehen ist, dass sich private Investitionsinteressen erst kurz vor oder nach erfolgter Seeflutung in Grundstückskäufen niederschlagen werden.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Masterplan Bergbaufolgelandschaft Geiseltal, a. a. O. – Regionales Teilentwicklungsprogramm, a. a. O. – Tourismus-, Nutzungs- und Standortmarketingkonzeption für den geplanten Erholungsstandort Geiseltal, a. a. O. Entwicklungsstrategische Investitionsschwerpunkte stellen die Errichtung zweier Segelboothäfen, mehrerer Bootsanlegestellen und -liegplätze, zahlreicher Badestrände und Parkplätze für Badegäste, dreier Campingplätze und Ferienhüttenanlagen sowie eines Radwegenetzes dar. Vgl. Masterplan Bergbaufolgelandschaft Geiseltal, a. a. O., S. 109-119.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 188.

<sup>25</sup> Finanzielle Entlastung könnte den Kommunen die intensivierte Vermarktung von Wohnbauland bieten.

##### *... und Einbindung in bereits existierende Tourismuskonzepte der Region*

Das Geiseltal liegt nicht in einem touristischen „Niemandland“, sondern hat im Norden den kulturtouristischen Anziehungspunkt Bad Lauchstädt und im Süden Freyburg mit dem Unstruttal unmittelbar in seiner Nähe. Ferner führen die „Braunkohlenstraße“ und die „Straße der Romanik“ durch das Geiseltal. Hier stehen die Kommunen vor der Aufgabe, eine entsprechende Marketingstrategie zu erarbeiten, mit deren Hilfe sich das zukünftige Attraktivitätsprofil des Geiseltals in diese unterschiedlichen Tourismuskonzepte einbinden lässt.

##### *Hemmnisse und Risiken einer tourismusbezogenen Entwicklungsstrategie*

Im Folgenden werden verschiedene Aspekte erörtert, die sich als aktuelle und potenzielle Hemmnisse und Risiken für die Kommunen im Geiseltal herausstellen, eine tourismusbezogene Entwicklungsstrategie erfolgreich umzusetzen. Eine primäre Unsicherheit bezüglich des Zeitpunkts der tatsächlichen Nutzbarkeit des Sees ergibt sich durch die ungewisse Dauer der Flutungsphase und der an ihrem Ende erreichten Stufe der Wasserqualität.

##### *Prioritäten ungeklärt:*

##### *Reindustrialisierung oder Tourismus?*

Im Gegensatz zu den erst in der Zukunft zu erwartenden Erträgen aus einer tourismusorientierten Entwicklungsstrategie sind Industrie- und Gewerbeansiedlungen für das gegenwärtige wirtschaftliche Wohlergehen der Kommunen von Belang. Die Konzentration auf eine solche Strategie der Wirtschaftsförderung findet Unterstützung im historisch bedingten Selbstverständnis der Kommunen als Bergbau- und Industriestandorte und in der Erwartung, sich der früher gegebenen komfortablen Situation mit Arbeitsplätzen in Bergbau und Industrie „vor der Haustür“ schrittweise wieder annähern zu können. Im Rahmen ihrer Flächensanierung unterstützt die LMBV diese kommunalen Reindustrialisierungsinteressen durch Ausweisung und Vermarktung von vier Industrie- und Gewerbebeständen mit einer Gesamtfläche von ca. 110 ha. Zwei dieser Standorte befinden sich in direkter Nähe zum künftigen Seeufer, sodass sie dessen touristische Nutzung beeinträchtigen können.<sup>26</sup>

<sup>26</sup> Hierbei handelt es sich um den „Industriestandort Mücheln“ (8,4 ha) und um den „Gewerbepark Braunsbedra“ (27,7 ha).

Mit 160 ha noch größer als diese vier Standorte zusammen ist der unmittelbar am zukünftigen Seeufer gelegene vormalige Raffineriestandort „Addinol.“ Dessen Sanierung, durch das Land Sachsen-Anhalt in Angriff genommen,<sup>27</sup> ist zwar unerlässlich, um die spätere Nutzung des Sees nicht durch Altlasten zu gefährden, doch bringt die unveränderte Ausweisung des Standorts für großflächige Industrie das Risiko mit sich, dass industrielle Produktion an diesem Standort die Attraktivität der in der Entstehung befindlichen Seelandschaft schmälert.

#### *Konflikt zwischen touristischen Entwicklungszielen und Naturschutzinteressen*

Neben diesem Zielkonflikt zwischen touristischer und industriell-gewerblicher Entwicklung zeichnet sich ein weiterer Zielkonflikt ab, der seine Quelle in den Sanierungserfolgen der LMBV selbst hat. Die Umwandlung großer bisher devastierter Landschaftsteile in Flächen mit sich neu entwickelndem Pflanzenwuchs und Tierbesatz ruft in zunehmendem Maß Naturschutzorganisationen auf den Plan, die ein Interesse daran haben, möglichst große Teile zurückgewonnener Landschaft unter besonderen Schutz zu stellen. Die LMBV zeigt sich diesen Schutz- und Pflegeinteressen gegenüber bisher sehr aufgeschlossen (vgl. Tabelle 1), muss aber auch beachten, dass eine zu starke Ausweitung von Naturschutzflächen über die in den regionalen Entwicklungsprogrammen und Flächennutzungsplänen vorgesehenen Anteile hinaus die vorgesehene Nutzung für Tourismus- und Freizeit Zwecke beeinträchtigen kann. Vertreter der Geiseltal-Kommunen sehen die Expansionsinteressen von Naturschutzorganisationen bereits heute als Bedrohung einer tourismusbezogenen Entwicklungsstrategie an.

#### *Rechtliche und administrative Entwicklungshemmnisse*

Der Prozess der Inwertsetzung ehemaliger Tagebauflächen ist von Genehmigungen verschiedener Behörden abhängig, was häufig dazu führt, dass viele Flächen erst später als ursprünglich vorgesehen genutzt werden können.<sup>28</sup> Damit werden auch

darauf bezogene öffentliche und private Investitionen verzögert.

Die größten Kommunen im Geiseltal haben sich zwar bereits Ende 1992 im Hinblick auf die Seeentwicklung zu einem kommunalen Zweckverband zusammengeschlossen, handeln daneben aber nach wie vor als eigenständige Kommunen. Mit fortschreitendem Ausbau der touristischen Infrastruktur ist abzusehen, dass die einzelnen Kommunen unterschiedlich davon profitieren und vor unterschiedlichen Investitionserfordernissen stehen werden. Hier sollte eine institutionelle Regelung für einen verbesserten Aufwands-, Ertrags- und Interessenausgleich gesucht werden, die z. B. in einem Zusammenschluss in eine Einheitsgemeinde oder in einer anteiligen Finanzierung einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft bestehen könnte. Derartige Lösungen hätten die Vorteile, dass sie die z. T. ehrenamtlichen Kommunalvertreter von Entwicklungsaufgaben entlasten und ein einheitliches Regionen-Marketing für das Geiseltal sicherstellen.

#### *Schlussbemerkungen*

Die an landschaftlichen „highlights“ nicht gerade üppig ausgestattete Region um Leipzig und Halle erfährt in den kommenden Jahren einen beträchtlichen Zuwachs an renaturierten Wasser- und Landschaftsflächen. Sie werden zweifellos eine Bereicherung für die genannte Region darstellen. Ob sie aber für die Anlieger-Kommunen ein tragfähiges Konzept der Wirtschaftsentwicklung bieten, ist derzeit noch nicht ausgemacht. Zum einen stehen die verschiedenen Standorte zueinander in Konkurrenz, zum andern sind – wie oben dargestellt – noch zahlreiche Entwicklungshemmnisse beim Marsch in diese Richtung zu überwinden. Eines dieser Hemmnisse stellen die mentalen Bindungen der Einwohner an eine Bergbau- und Industrietradition dar, durch die sich neu eröffnende Chancen im Dienstleistungsbereich zu leicht als minderwertig erscheinen. Im Vergleich zu anderen Regionen werden im hier behandelten Fallbeispiel des Geiseltals sehr günstige Voraussetzungen für intensive touristische Nutzung geschaffen werden, die bei konsequenter Verfolgung einer tourismusbezogenen Entwicklungsstrategie den Kommunen und ihren Bewohnern in zehn Jahren auch die erhofften Wohlfahrtszuwächse bringen wird.

*Peter.Franz@iwh-halle.de*

<sup>27</sup> Für die Sanierung des Geländes wurden vom Land Sachsen-Anhalt von 1999 bis Ende 2002 27 Mio. Euro aufgewandt. GSA Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH: Industrie- und Landschaftspark Geiseltalsee (ehemals ADDINOL) der Gemeinden Braunsbedra und Krumpa, 2. Projektstandsbericht, o. O., Stand September 2002.

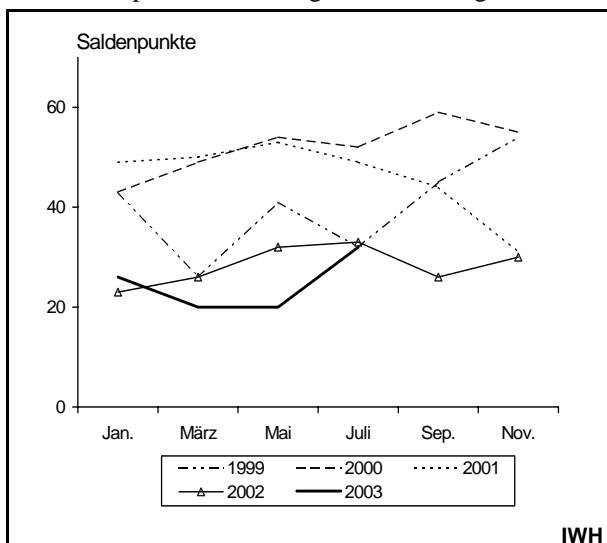
<sup>28</sup> So hat sich die Einleitung von Flutungswasser in den zukünftigen Geiseltalsee vom ursprünglich 2001 vorgesehenen Termin auf Mitte 2003 verzögert.



## Trotz Sommerloch steigt die Lagebeurteilung in der ostdeutschen Industrie wieder auf Vorjahresniveau

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich im Juli 2003 laut IWH-Umfrage unter rund 300 Unternehmen aufgehellt. Entgegen dem Saisontrend, der im Sommer vor allem wegen der Urlaubs- und Ferienzeit eher flaue Wirtschaftsaktivitäten anzeigt, haben sich die Urteile zur Geschäftslage stark verbessert. Damit erreichte die Einschätzung wieder das, im langjährigen Vergleich freilich niedrige, Vorjahresniveau. Auch die Geschäftsaussichten werden besser beurteilt, allerdings bleiben die Wertungen weit hinter denen vom Vorjahr zurück. Die Entscheidung der Regierung zum Vorziehen der Steuerreform hat wohl auf Seiten der Unternehmen keine allzu großen Erwartungen geweckt.

Abbildung 1:  
Entwicklung der Geschäftslage  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

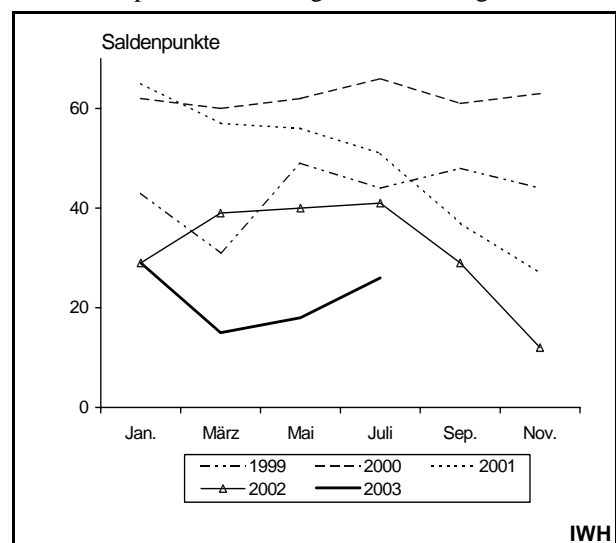
Der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur aktuellen *Geschäftslage* verbesserte sich deutlich um 12 Prozentpunkte und beträgt nunmehr 32 Zähler. Der Saldo zu den *Geschäftsaussichten* für die kommenden Monate erhöhte sich um 8 Prozentpunkte. Er stieg zum zweiten Mal in Folge an.

Mit Ausnahme des Vorleistungsgütergewerbes bewerteten alle Hauptgruppen das Klima im Vergleich zur vorangegangenen Umfrage günstiger. Im Vorjahresvergleich erreichte bzw. überbot jedoch nur das Investitionsgütergewerbe das alte Niveau.

Im Konsumgüterbereich, insbesondere unter den Herstellern von Nahrungsgütern und von Papier- und Druckerzeugnissen, fällt der Anstieg in der Bewertung von Lage und Aussichten gegenüber der Maiumfrage besonders deutlich aus. Hier schlägt sich wohl die leichte Belebung des privaten Konsums nieder.

Die Investitionsgüterhersteller melden nun zum zweiten Mal eine deutliche Verbesserung ihrer Lage und Aussichten. Damit haben sie das Tief im 1. Quartal verlassen und stehen sogar besser als im Vorjahr da. Zu dem derzeitigen Ergebnis trugen maßgeblich die Produzenten von Maschinen und von Metallerzeugnissen bei. Dagegen schneiden die Hersteller von Vorleistungsgütern mit nur einem

Abbildung 2:  
Entwicklung der Geschäftsaussichten  
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Prozentpunkt Verbesserung der Lagebeurteilung und per saldo negativen Erwartungen am schlechtesten ab. Vor allem die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von Erzeugnissen der Elektrotechnik drücken hier das Gesamturteil. An das Niveau vom Vorjahr können sie ebenfalls nicht anknüpfen.

Baerbel.Laschke@iwh-halle.de

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage in der ostdeutschen Industrie – Juli 2003

- Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juli 02	Mai 03	Juli 03	Juli 02	Mai 03	Juli 03	Juli 02	Mai 03	Juli 03	Juli 02	Mai 03	Juli 03	Juli 02	Mai 03	Juli 03
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
Geschäftslage															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>21</b>	<b>26</b>	<b>26</b>	<b>46</b>	<b>34</b>	<b>40</b>	<b>27</b>	<b>33</b>	<b>27</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>33</b>	<b>20</b>	<b>32</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	19	30	20	44	31	41	31	30	30	6	9	9	26	22	23
Investitionsgüter	16	19	25	46	43	42	29	31	28	9	7	5	23	24	34
Ge- und Verbrauchsgüter	27	27	33	49	30	38	21	37	23	4	5	6	50	15	41
dar.: Nahrungsgüter	27	27	35	57	35	42	13	34	20	3	4	3	68	24	54
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	17	19	19	38	38	36	31	32	33	14	12	11	9	13	11
50 bis 249 Beschäftigte	20	32	28	50	31	41	26	30	25	3	7	6	41	26	39
250 und mehr Beschäftigte	27	22	32	44	33	40	24	42	24	5	3	5	41	11	42
<b>Statusgruppen</b>															
Privatisierte Unternehmen darunter:	18	25	24	51	35	42	25	33	28	6	7	7	37	20	31
Westdt./ausl. Investoren	18	25	22	52	34	41	26	37	29	4	4	7	39	18	27
Management-Buy-Outs	19	14	21	43	50	53	32	26	21	6	10	4	25	29	49
Reprivatisierer	18	33	27	52	27	33	18	27	34	12	13	6	39	21	20
Neugründungen	28	32	34	31	32	34	35	30	25	6	6	7	19	27	36
Geschäftsaussichten															
<b>Industrie insgesamt</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>51</b>	<b>39</b>	<b>41</b>	<b>26</b>	<b>36</b>	<b>32</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>41</b>	<b>18</b>	<b>26</b>
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	15	25	17	50	37	41	32	31	37	4	8	5	30	24	15
Investitionsgüter	14	11	16	52	46	49	29	38	28	6	5	7	31	15	30
Ge- und Verbrauchsgüter	29	22	32	51	35	37	18	40	27	2	3	4	62	14	37
dar.: Nahrungsgüter	33	20	36	54	46	39	13	31	24	0	3	1	74	33	50
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	15	15	15	42	38	41	33	39	35	10	9	9	15	6	13
50 bis 249 Beschäftigte	21	24	23	55	40	45	23	31	28	2	6	3	51	27	37
250 und mehr Beschäftigte	20	17	29	51	39	32	29	44	34	0	0	5	41	11	21
<b>Statusgruppen</b>															
Privatisierte Unternehmen darunter:	19	21	21	52	39	40	26	36	34	4	4	5	41	21	23
Westdt./ausl. Investoren	19	20	22	51	40	39	28	38	34	3	2	5	39	19	21
Management-Buy-Outs	26	16	19	49	51	49	22	27	29	4	6	3	49	34	37
Reprivatisierer	14	25	27	46	33	36	29	33	33	11	8	4	21	17	27
Neugründungen	24	18	25	46	37	45	27	38	26	3	7	4	40	10	41

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Juli 2003 vorläufig. – <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 93 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

## ***Wirtschaft im Wandel***

### **9-10/2003**

Braucht Deutschland eine  
Vermögensteuer?

Deutsche Wirtschaft 2004:  
Vorziehen der Steuerreform belebt  
Konjunktur nur vorübergehend

Standortbedingungen für die  
New Economy in struktur-  
schwachen Regionen:

Das Beispiel Sachsen-Anhalt

Innovative ostdeutsche Industrie-  
betriebe schneiden im Vergleich  
mit anderen gut ab – eine  
empirische Analyse anhand  
des IAB-Betriebspanels

Quersubventionierung  
kommunaler Leistungen in  
Deutschland: Aktuelle Bedeutung  
und Beurteilung unter Effizienz-  
und Verteilungsgesichtspunkten

IWH-Baumfrage im Juni 2003

## **Impressum**

Herausgeber:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Präsident: Professor Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 77 53 701

Telefax: (0345) 77 53 820

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Redaktion: Dr. Manfred Packeiser

([Manfred.Packeiser@iwh-halle.de](mailto:Manfred.Packeiser@iwh-halle.de))

Layout: Ingrid Dede

Telefon: (0345) 77 53 720/721

Telefax: (0345) 77 53 718

Erscheinungsweise: 16 Ausgaben jährlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,60 Euro

Jahresbezug 31,00 Euro

(zuzüglich Versandkosten)

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck: Druckhaus Schütze GmbH

Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 56 666-0

Wirtschaft im Wandel, 9. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. August 2003

ISSN 0947-3211

## **Sonderhefte**

### **4/2003**

Neuere Anwendungsfelder der  
Input-Output-Analyse in  
Deutschland

– Tagungsband –

192 Seiten, April 2003, Preis: 20,00 Euro  
ISBN 3-930963-75-2

### **3/2003**

Empirical methods for analysing  
the risk of financial crises

90 Seiten, April 2003, Preis: 15,00 Euro  
ISBN 3-930963-74-4

### **2/2003**

Vertical and horizontal patterns of  
intra-industry trade between EU  
and candidate countries

48 Seiten, April 2003, Preis: 10,00 Euro  
ISBN 3-930963-73-6

**Gesamtübersicht  
der IWH-Publikationen unter:  
<http://www.iwh-halle.de>**